

## Über Wiedergutmachung und Gerechtigkeit

ist in der Beilage zur Wochenzeitung **Das Parlament**, 63. Jahrgang, APuZ, 25-26/2013 (Juni 2013) eine Sammlung von Beiträgen zu diesem Thema veröffentlicht worden, darunter der Artikel „Vergangenes Unrecht aufarbeiten. Eine globale Perspektive“ von Susanne Buckley-Zistel. Dieses Thema ist aus meiner Sicht für die Amtsgemeinde Neuenhagen und besonders für die Mitglieder Gemeindevertretung hoch aktuell. Bereits im Juni 2013 sollte über eine Beschlussvorlage für die Gestaltung eines namenlosen Massengrabs von Zivilisten der Gemeinde und einigen Soldaten von April 1945 auf dem Kirchhof der Evangelischen Kirche in der Karl-Schmücke-Straße gemäß den Vorschriften des Bundesgräbergesetzes aus dem Jahr 1965 abgestimmt werden. Weil sich aber im Vorfeld ausschließlich aus der Fraktion DIE LINKEN mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Herrn Kindervater markige Gegenstimmen äußerten mit der Begründung, dass man für mögliche Nazis keine Gedenkstätte, deren Gestaltung laut Bundesgesetz vorgeschrieben ist und mit 24 000 Euro veranschlagt ist, gestalten sollte. Von den 51 Toten im Zeitraum zwischen dem 20 April und dem 16. Mai 1945 sind einige Opfer durch sowjetische Soldaten in grausamer Weise umgebracht worden, ein Teil wiederum hat sich das Leben genommen. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN stößt sich vor allem an einem der 51 Opfer, der zu dieser Zeit Brandmeister und Mitglied der NSDAP (nationalsozialistische Arbeiterpartei) gewesen ist. Er wurde wie seine Ehefrau erschlagen, letztere auch vergewaltigt, und das Baby im Alter von 9 Monaten aus dem Fenster geworfen, das aber von Nachbarn gerettet und später in den Westsektor gebracht und dort von einer Verwandten aufgezogen wurde. Möglicherweise sind unter den anderen Toten auch NSDAP-Mitglieder gewesen, die Angst vor der Zukunft hatten und deshalb wie eine Familie von 6 Personen mit einem 8 Wochen alten Säugling den Freitod wählte. Das tut man nur aus tiefster Verzweiflung. Es ist unstrittig, dass ein großer Teil der Bevölkerung das Kriegsende fürchtete. Dazu beigetragen hatten die Propaganda und die Vielzahl von Flüchtlingen aus den ehemaligen Ostgebieten Deutschlands, die von ihren Erlebnissen erzählten. Ich war damals 11 Jahre und fürchtete mich auch.

Zweifelsohne gehören Krieg und Gewalt zusammen. In den letzten 100 Jahren, vor allem in den beiden Weltkriegen, beide von Deutschland entfesselt, beschränkte sich der Krieg nicht mehr auf die kämpfenden Truppen, sondern nahm zunehmend die Bevölkerung in Haftung und bestrafte sie in schrecklicher Weise. Unstrittig ist auch, dass der Krieg gegen die Sowjetunion mit besonderer Grausamkeit geführt worden ist. Das wussten auch die Männer des 20. Juli, die mit ihrem Attentat gegen Hitler dem Krieg ein Ende setzen wollte. Andere wie der Kreisauer Kreis verzichteten auf Gewalt und bereiteten geheim ein

Regierungsprogramm für die Zeit nach Krieg vor wohlwissend, dass die deutschen Ostprovinzen verloren waren. Sie alle fanden den Tod durch Erschießen, die meisten von ihnen wurden von dem Vorsitzenden des Volksgerichtshofes zum Tode verurteilt und durch den Strang hingerichtet. Zu keinem Zeitpunkt hatte die deutsche Bevölkerung eine Chance, in das Geschehen einzugreifen. Das erklärt auch die Hilflosigkeit der Menschen in den letzten Kriegstagen mit ihren Verzweiflungsakten. Kriegsgegner wurden eher als Verräter gesehen, und es hat viele Jahre gebraucht, um ihnen gerecht zu werden. Die Spätgeborenen hatten die Schrecknisse des Krieges nicht erlebt oder auch nicht von ihren Eltern erfahren, vielfach von ihnen in der Nachkriegszeit verdrängt mit der die Existenz bedrohenden Not, oder in der Schule unzureichend vermittelt bekommen, so dass sich jetzt in der jüngeren Generation große Wissenslücken auftun, die zum Teil die Stellungnahmen zu den Vorgängen in Neuenhagen u.a. Gemeinden im Land Brandenburg erklären.

Bevor ich auf den angekündigten Artikel im AP u Z **„Vergangenes Unrecht aufarbeiten. Eine globale Perspektive“** zurückkomme, zitiere ich den Paragraphen 1 des Gräbergesetzes: **„Dieses Gesetz dient, der Opfer von Krieg und Gewalt in besonderer Weise zu gedenken und für zukünftige Generationen die Erinnerung daran wachzuhalten, welche schrecklichen Folgen Krieg und Gewaltherrschaft haben.“** Es wird also der Opfer gedacht, die in dem Gesetz definiert sind und nicht der Klärung einer möglichen Schuld und seinen Folgen nachgegangen. Diese Art des Gedenkens ist in den neuen Bundesländern noch nicht angekommen. Vielleicht liegt es auch daran, dass wir uns in den neuen Bundesländern zunächst überwiegend mit der Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur beschäftigt haben. Im Land Brandenburg haben wir in dieser Frage einen beklagenswerten Rückstand, den wir dem Ministerpräsidenten Stolpe zu verdanken haben. Erst 2010, 20 Jahre nach dem Ende der DDR, wurde die Enquetekommission eingerichtet, die sich mit der Aufarbeitung und der Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur im Land Brandenburg beschäftigen soll. Frau Poppe wurde mit dieser Aufgabe betraut und hat sich auch in Neuenhagen vorgestellt. Diese „Aufarbeitung der Aufarbeitung“ soll den Umgang mit ehemaligen Stasi-Mitarbeitern und mit SED-Opfern untersuchen und sich mit der seit 1990 entwickelnden politischen Kultur des Landes Brandenburg auseinandersetzen, um Empfehlungen für die Zukunft auszusprechen. An dieser politischen Kultur fehlt es ausschließlich bei der Fraktion DIE LINKEN und somit in dieser Partei in Neuenhagen im Vorfeld und bis heute in der Diskussion über die „Neugestaltung der Kriegsgräberstätte“ DS 031/2013.

Den o.g. Artikel in **AP** u **Z** verkürze ich auf Schwerpunkte, die ich für besonders wichtig halte, um auch auf die Versäumnisse in der politischen Weiterbildung besonders junger Menschen hinzuweisen. Die Menschen in den neuen Bundesländern haben sich in vielen Initiativen bemüht, vergangenes Unrecht aufzuarbeiten. Zu diesen gehören symbolische Formen wie Gedenkstätten und Museen, dann die rechtliche Aufarbeitung durch Gerichtsverfahren, Wiedergutmachung für Opfer und Versehrte, das Archivieren und zugänglich machen von Dokumenten durch die Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen sowie die Förderung eines öffentlichen Diskurses über die ostdeutsche Vergangenheit. Die Aufarbeitung des SED-Regimes knüpft an Deutschlands intensive Auseinandersetzung mit dem „Dritten Reich“ an, also immer mit dem Blick zurück. Diese Art der Aufarbeitung müsste eine Selbstverständlichkeit sein, ist es aber nicht. Zumindest seit 1990 ist aber ein Trend zu erkennen, durch den der Umgang mit einer gewaltvollen Vergangenheit sich zu einer globalen Form entwickelt, die man unter dem Begriff *Transitional Justice* erfasst. Er bezeichnet Bemühungen, mit einer gewaltsamen Vergangenheit und ihren soziopolitischen Auswirkungen zurechtzukommen. Die *Transition* bedeutet den Moment des Übergangs, der mit dem Streben nach Gerechtigkeit *Justice* verbunden ist. In dieser Phase der von Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen bedarf es einer Aufarbeitung, denn nur ein klarer Bruch mit vergangenem Unrecht kann zukünftigen Verbrechen vorbeugen und zur Aussöhnung mit den Konfliktparteien beitragen. Daraus ergeben sich folgende Ziele: Aufdecken der Wahrheit über begangene Verbrechen und Nennen der Verantwortlichen, Bestrafung von Tätern, Wiederherstellen der Würde der Opfer sowie die Förderung von Gedenken und Aussöhnung. Es sei daran erinnert, dass auch Soldaten der Roten Armee bestraft worden sind und Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung z.B. 1945 bei der Generalstaatsanwaltschaft der Föderalen Russischen Republik zur Anzeige gebracht wurden. Einige Opfer sind auch rehabilitiert worden nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Schließlich endete mit ihr der Kalte Krieg, und einer grundlegenden Aufarbeitung von vergangenem Unrecht stand nichts mehr im Wege.

Der Begriff **Gedenken** verbindet sich mit Gedenkstätten, Mahnmalen und Gedenktagen. Sie lenken den Blick auf vergangenes Unrecht. In früherer Zeit bestand die Gedenkstättenkultur in Heldenmonumenten oder Stätten des Triumphes. Das Kriegerdenkmal ist eine Heldenmonument aus dem Jahr 1923. Ein Denkmal für die Gefallenen des 2. Weltkriegs würde mit Sicherheit anders aussehen, es gibt aber keines. Heutzutage würde man vermehrt Zivilisten darstellen als Opfer der kriegerischen Gewalt.

Im Zeitalter der *transitionel justice* gedenkt man der Toten in anderer Weise. Gedenken bedeutet, die Würde der Opfer wiederherzustellen, die oft Zielscheibe der Verbrechen war, und ihr Leid anzuerkennen so geschehen bei den Vergewaltigungsverbrechen an Frauen durch die Rote Armee. Gedenken ist aber mehr, nämlich eine öffentliche Diskussion über vergangenes Unrecht anregen, wie sich in den oft heftigen Debatten um Form und Botschaft eines neu zu errichtenden Mahnmals zeigt (wörtlich zitiert!)

Die in Neuenhagen angestoßene Debatte ist Ausdruck einer Unwissenheit und mangelnder Bildung in politischer Kultur nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten 1990. Von der SED-Diktatur haben sich viele Bürger und auch Abgeordnete, die sich in einer herausgehobenen Stellung befinden, noch nicht gelöst. Eigentlich müssten sie Vorbild sein. Sie sind im demokratischen Rechtsstaat noch nicht angekommen. Es gibt noch viel zu tun.

Dr. Else Ackermann

Neuenhagen, den 24. Juli 2013